

„Steueranschlag auf den Mittelstand“

Die Präsidentin des CDU-nahen Wirtschaftsrats Deutschland sieht bei der Jahrestagung des Arbeitgeberverbandes schwere Zeiten auf die deutsche Wirtschaft zukommen.

Sven Hauhart

Minden/Bad Oeynhausen. Die Welt ist in Aufruhr. Angesichts der Geschehnisse in Afghanistan, der andauernden Corona-Pandemie, dem zunehmenden Einfluss Chinas auf Lieferketten und Rohstoffe sowie den immer dramatischer zutage tretenden Auswirkungen des Klimawandels ist dies wohl keine übertriebene Feststellung. Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrats Deutschland (auch bekannt unter dem Namen Wirtschaftsrat der CDU e. V.), sah dies im Schloss Ovelgönne genauso: „Können Krisen Chancen für eine zukunftsfähige Politik sein?“, fragte die 55-jährige Gesellschafterin der Piepenbrock-Unternehmensgruppe aus Osnabrück zu Beginn ihres Vortrags beim Arbeitgeberverband Minden-Lübbecke. Der hatte seine Mitglieder zur Jahrestagung geladen.

Hamkers Antwort fiel einigermaßen ernüchternd, weil wenig zukunftsgerichtet, aus. Denn im Kern erschöpfte sie sich im Credo: „Man muss die Industrie nur lassen, dann wird der Motor auch anspringen.“ Zu hohe Steuern, zu hohe Energiekosten, zu viel Regulierung. Garniert wurde das mit dem vorgetragenen Schreckgespenst einer rot-rot-grünen Regierung nach der Bundestagswahl, also quasi einem Aufguss der Rote-Socken-Kampagne der CDU aus dem Jahr 1994.

Zuhörer konnten den Eindruck gewinnen, dass Hamker den Schreck über die aktuellen Umfrageergebnisse zur Bundestagswahl noch nicht überwunden hatte. Und so geriet der Vortrag über die „Krise als Katalysator für Innovation“ gefühlt ein wenig zu einer Wahlkampfveranstaltung. Allerdings zu einer ziemlich guten. Denn Hamker sparte nicht mit beider Polemik vor der aus ihrer Sicht



Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates der CDU, sprach über das Thema: Können Krisen Chancen für eine zukunftsfähige Politik sein?
Foto: Sven Hauhart

richtungsentscheidenden Bundestagswahl am 26. September.

„Die kommende Wahl wird darüber entscheiden, ob das Industrieland Deutschland in ein öko-sozialistisches Versuchslabor transformiert wird, oder ob der Geist der Sozialen Marktwirtschaft und des fairen Wettbewerbs unser Handeln bestimmt“, sagte sie. So seien einige Wahlprogramme schlicht ein „Steueranschlag auf den Mittelstand“ und damit auf die Stützen der Gesellschaft. Die in einigen Ländern schon beschlossene Pflicht zu Solaranlagen auf Neu-

bauten kritisierte sie ebenso wie das geforderte Verbot von Verbrennungsmotoren.

„Niemand bestreitet, dass der Klimawandel eine große Herausforderung ist, aber wir sind gegen das staatsautoritäre Denken der Grünen“, sagte Hamker. Denn die deutsche Industrie sei auch ohne Technologieverbote in der Lage, klimaneutrale Antriebstechniken zu entwickeln. Man müsse es dem Markt überlassen, welche Antriebstechnik sich im konkreten Anwendungsfall als die wirtschaftlichste Lösung erweisen wird. „Ich

finde es gut, dass sich junge Leute für das Klima engagieren, aber wenn ich sie dann frage, wie sie später ihren Wohlstand finanzieren wollen, dann verstehen sie das gar nicht, weil der Wohlstand immer da war und als selbstverständlich angenommen wird“, schloss Hamker.

Wohlstand falle nicht vom Himmel, sondern müsse hart erarbeitet werden. Daher rief sie die Unternehmer dazu auf, entgegen dem Trend zu moralischen Themen, die Sachthemen der Wirtschaft in die Gesellschaft zu transportieren.